Rote Linien

Kommunistische Stadtzeitung für Tübingen und Reutlingen

2/2021
#10

Gärtnermeister Gerhard Bialas (damals DKP-Gemeinderatsmitglied) pflanzte 1988 auf dem „Gräberfeld X" des Tübinger Stadtfriedhofs eine Friedenslinde und erläuterte Mikis Theodorakis und weiteren Prominenten (u.a. Tschingis Aitmatov, Heinz Dürr, Walter Jens) die Geschichte der dort beigesetzten Opfer des Faschismus. *(Foto: Kommunalwahlprogramm 1989 der DKP Tübingen)* - Zum Tod von Mikis Theodorakis: siehe S. 6

Auch wenn es den Bundeswahlleiter ärgert

DKP kandidiert als 100 % Friedenspartei

Mit sieben rühmlichen Ausnahmen - Heike Hänsel aus Tübingen gehört dazu - hat die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE Ende August 2021 einen bewaffneten Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht mehr einheitlich abgelehnt. Fünf Abgeordnete dieser Fraktion stimmten sogar dafür. Die anderen enthielten sich.

Das Verhalten der Linksfraktion war leider kein Ausrutscher. Es war ein höchst gefährlicher Schritt in Richtung Verabschiedung von der Rolle als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung - und damit für die gesamte Wahrnehmung und Zukunft dieser Partei. Was ist die "Logik" dahinter? WIR müssen doch diejenigen rausholen, die UNS geholfen haben – das ist wieder das WIR, das Friedenskräfte ins Boot des Imperialismus holt. Das WIR, das vergessen machen soll, was und wer die Situation in Afghanistan verursacht hat. Das WIR, das sagt, lass uns die Völkerrechtswidrigkeit des Einsatzes vergessen. Vergessen soll der Satz von der Verteidigung UNSERER Freiheit am Hindukusch sein, der offen den imperialistischen Anspruch des Einsatzes bekennt. Wer dieser „Logik“ nicht folgen will, gibt am 26. September 2021 seine Zweitstimme der DKP.

Dass die DKP überhaupt kandidieren kann, musste sie sich dieses Mal erkämpfen. Am 8. Juli hatte der Bundeswahlleiter mit einem hinterrücks eingefädelten Coup den Bundeswahlausschuss überredet, in einer 10:1-Abstimmung die DKP-Kandidatur nicht zuzulassen und damit der DKP den Status einer politischen Partei abzusprechen. Man erinnere sich: früher bekamen

DKP-Kandidat/inn/en Berufsverbot im öffentlichen Dienst oder wurden zumindest zu einer „Anhörung“ zitiert - „freie Wahlen“, gell? Als Vorwand diente diesmal die verspätete Einreichung von Finanzberichten. Das Bundesverfassungsgericht (das in einem solchen Fall angerufen werden muss) stellte diesmal klar: Die DKP ist sehr wohl „in der Lage ..., ernsthaft an der politischen Willensbildung des Volkes für den Bereich des Bundes oder eines Landes mitzuwirken" - und nur darauf kommt es an. Die rechtlichen Konstruktionen des Bundeswahlleiters wurden in allen Punkten zerpflückt und zurückgewiesen. Bemerkenswert an dem Vorgang: Erstens, nur ein Jurist, den die GRÜNEN in den Bundeswahlausschuss entsandten, hatte gegen den skandalösen Beschluss gestimmt - alle anderen zogen mit. Zweitens, die DKP erfuhr sehr viel Solidarität aus dem In- und Ausland. Nach wie vor sind die Kommunistischen Parteien, groß oder klein, international gut vernetzt.

Auch Stimmen für die „kleine“ DKP bewirken etwas! Sonst wäre dieser plumpe Versuch, sie von der Wahl auszuschließen, gewiss nicht unternommen worden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde vor 65 Jahren, am 17. August 1956 verboten - Ein Verbot im Rentenalter

Die Redaktion Rote Linien sprach darüber mit Gerhard Bialas

Rote Linien: *Gerhard, am 19. Oktober 1951 bist du in die KPD eingetreten. War da nicht schon das Verbotsverfahren gegen die KPD im Gange?*

Gerhard Bialas: Im Juni 1951 wurde die FDJ verboten. Im gleichen Jahr wurde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Verfahren gegen die KPD eingeleitet. Davon ließ ich mich nicht einschüchtern. Meine Erlebnisse während der Naziherrschaft und dem 2. Weltkrieg brachten mich dazu, mich konsequent gegen die Wiederaufrüstung und Militarisierung in Westdeutschland einzusetzen. Die einzige Partei, die seit ihrer Gründung durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ausnahmslos gegen Militarisierung und Krieg kämpfte, war die KPD. Sie war, nach dem 2. Weltkrieg und der Naziherrschaft, mit der FDJ die konsequenteste Kraft, die gegen die Remilitarisierung und für einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und ein neutrales Deutschland eintrat. Da war es für mich logisch, mich dieser Partei anzuschließen.

RL: *Schon am 29. März 1951 sollte die Polizei auf Anweisung der Adenauer-Regierung in ganz Westdeutschland überfallartig gegen die Büros der KPD und gegen die Wohnungen von Funktionären vorgehen. Kam dir das nicht irgendwie bekannt vor? Wie konnte es verhindert werden?*

Gerhard Bialas: Im Jahr 1933 hat man zuerst die KPD verboten. Kommunisten wur-

den verfolgt, ihre Funktionäre in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt. Dann folgte am 2. Mai 1933 der Überfall der SA und SS auf die Gewerkschaftshäuser. Und schließlich wurde im Juni 1933 die SPD verboten. 1951 konnte durch die Alarmierung und Warnung der Öffentlichkeit die Polizeiaktion und in Folge das KPD-Verbot noch nicht durchgeführt werden. Aber die Gefahr des KPD-Verbots bestand weiterhin.

RL: *Die Adenauer-Regierung ließ nicht locker?*

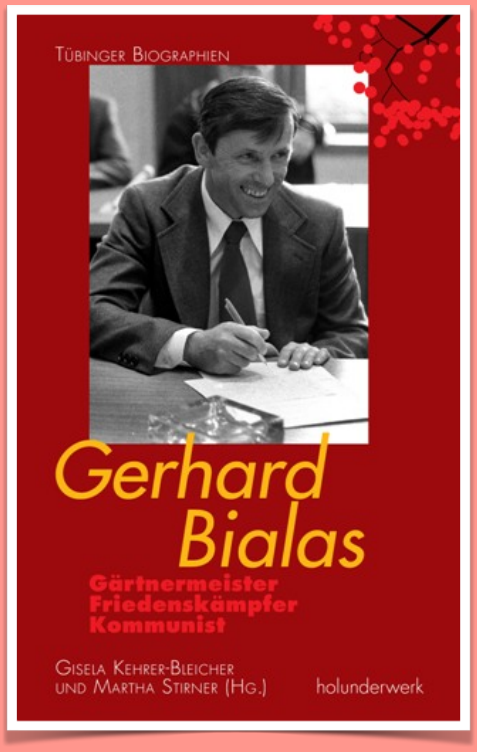
Gerhard Bialas: Ja, sie war bestrebt, die Wiederaufrüstung und allgemeine Wehrpflicht mit aller Gewalt durchzusetzen. Die KPD stand ihr – wie auch die FDJ – dabei im Weg. Die Wehrpflicht wurde mit aller Gewalt in die deutsche Jugend hineingeprügelt. Und dann setzte die Adenauer-Regierung schließlich das verfassungswidrige KPD-Verbot durch.

RL: *Wie habt ihr das in Tübingen erlebt?*

Gerhard Bialas: Am 16. August 1956 verteilten wir morgens um 6.30 Uhr noch einen Aufruf gegen das Verbot vor dem Montan-Himmelwerk. Am 17. August wurde das Verbotsurteil ausgesprochen. Ich – als damaliger Ortsgruppenvorsitzender – und ein weiterer Genosse (Edmund Offenburger) wurden beauftragt, das Büro, das sich in der Neckarhalde 22 befand, an die Polizei zu übergeben. Karl Hartmeyer aus Nehren kam nach seiner Schicht bei den Montanwerken dazu. Gegen Mittag kamen zwei Kripobeamte, die eigentlich bei der Mordkommission waren, und begannen damit, alles noch vorhandene Material zusammenzupacken. Bei einigen Genossen fanden Hausdurchsuchungen statt, Bücher und Zeitschriften wurden beschlagnahmt. Es war alles sehr bedrückend, weil ein Teil unseres politischen Lebens zerstört wurde. Aber niederdrücken ließen wir uns nicht.

RL: *Welche Auswirkungen hat das KPD-Verbot bis heute?*

Gerhard Bialas: Das KPD-Verbot ist auch heute eine potentielle Bedrohung für kritische demokratische Kräfte. Deshalb bleibt die Forderung nach Aufhebung des Verbots aktuell, weil damit immer wieder Menschen, die sich für linke und sozialistische Politik einsetzen, bedroht und verfolgt werden können, wie nicht zuletzt am „Radikalenerlass“ und den zu Tausenden verhängten Berufsverboten deutlich wurde.



Über Gerhard Bialas, den bekanntesten Kommunisten Tübingens, ist zu seinem 90. Geburtstag ein Buch erschienen.

Gekauft werden kann es für € 12,50 beim Fairen Kaufladen (Marktgasse 12, Tübingen), beim Verlag info@holunderwerk.de oder beim uz-shop der DKP shop.unsere-zeit.de

Tel. 0201-17788925.

bialas.blogsport.de

„Sind Sie gegen die Remilitarisierung?“

Darüber die Menschen zu befragen, wurde 1951 verboten

Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung wollte nach dem 2. Weltkrieg und der Naziherrschaft endlich Frieden und lehnte eine Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden ab. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer - er trat erst 1963 im Alter von 87 Jahren ab - sicherte den West-Alliierten schon 1949 einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zu. Forderungen der Sowjetunion nach einem neutralen und vereinigten Deutschland - ähnlich wie Österreich - wurden abgelehnt. Die deutschen Konzernchefs und ihr politisch-militärisches Begleitpersonal wollten eine konsequente Westorientierung - einschließlich eigener Streitkräfte. Adenauer ging schrittweise vor. Erst wurde 1950 ein „Amt Blank“ eingerichtet als erster Schritt hin zu einem „Verteidigungsministerium“. 1951 folgte die Aufstellung des „Bundesgrenzschutzes“ als paramilitärische Polizeieinheit mit Schützenpanzern und Maschinengewehren.

Gegen die Remilitarisierung formierte sich breiter, entschiedener Widerstand. Es entstand die „Ohne uns“-Bewegung, an der sich Hunderttausende beteiligten. Einige auch aus Tübingen.
Der Protest reichte bis in die Regierungsparteien, auch Gewerkschaften und christliche Verbände riefen zur Beteiligung auf, berichtet Gerhard Bialas. Den entschiedensten Widerstand organisierte die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die Regierenden reagierten mit Repression und politischer Verfolgung. Es begann 1950 mit der Entfernung von Mitgliedern nicht für „verfassungstreu“ erklärter Organisationen aus dem öffentlichen Dienst. Gemeint war auch die VVN. 1951 wurde mit „Blitzgesetzen“ das Grundgesetz geändert und das politische Strafrecht eingeführt, mit den neuen Delikten „Staatsgefährdung“ und „Landesverrat“. 1951 wurde die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung wegen „Bestrebungen zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung“ verboten. Trotz Verhaftungen vieler Aktiver beteiligten sich bis zum März 1952 neun Millionen Menschen an der Volksbefragung und stimmten gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrags.

1951 wurde die FDJ verboten, die in diesem Kampf eine zentrale Rolle einnahm. Sie hatte einen großen Anteil an der Gewinnung der westdeutschen Jugend für das Deutschlandtreffen 1950, an dem 30.000 Jugendliche aus dem Westen teilnahmen, und an den Weltjugendfestspielen 1951 in Berlin. Dies waren die Gründe. Auch ein Verbotsverfahren gegen die KPD wurde eingeleitet. „Jeder Protest gegen die Wiederbewaffnung sollte erstickt werden, Anti-Kriegsaktionen wurden kriminalisiert, die Beteiligten zu oft jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt oder damit bedroht.“ Die Tübinger FDJ ließ sich durch die staatlichen Repressionen nicht so schnell einschüchtern. Sie und die noch legale KPD machten in den folgenden Jahren viele Aktionen gegen die Remilitarisierung. So malten sie zum Beispiel Parolen wie „Allgemeine Wehrpflicht ohne uns“, Deutsche an einen Tisch“, „Fordert gesamtdeutschen Friedensvertrag“ an die große Wand der Unterführung unter der Umgehungsstraße in der Gartenstraße.
„Hätte man uns damals gefolgt statt den Rüstungshaien und Kriegsgewinnlern, wären uns X-Milliarden für Militärausgaben und Rüstungskosten mit vielen Kriegseinsätzen erspart geblieben.“

Dann müssten wir nicht mehr für „Abrüsten statt Aufrüsten", gegen die NATO-Pipeline und das NATO-Tanklager in Bodelshausen, gegen die Waffenschmiede Heckler und Koch in Oberndorf (Kreis Rottweil), gegen die US-Spezialkräfte und Oberkommandos für Europa (EUKOM), Nordasien und Afrika (AFRIKOM) im Stuttgarter Umland und gegen das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw mit seinen neonazistischen Umtrieben demonstrieren.

Cyber Valley: Ein „Ökosystem“ für Umverteilung und Aufrüstung

Ein „Ökosystem für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz“ soll das Tübinger „Cyber Valley“ werden. „Akademische und privatwirtschaftliche Partner bauen Brücken zwischen neugiergetriebener Grundlagenforschung und angewandter Forschung“ heißt es hochtrabend. Der Staat, die Steuerzahler bezahlen teure Forschung, große Konzerne geben die Fragestellungen vor – und die Profite aus Produkten, die per „Wissenstransfer“ aus solcher Forschung entstehen, wandern in die Taschen einiger weniger. Eine zentrale Rolle spielen „Startups“. Sie haben meistens noch kein marktreifes Produkt, sondern entwickeln es erst. Gebraucht wird viel „Risiko-Kapital“. Erwartet werden natürlich riesige künftige Gewinne. Von einem solchen Umfeld werden natürlich Flexibilisierungen des Arbeitsrechts und Steuerleichterungen gefordert. Bei der Pharmaindustrie, bei der Impfstoffentwicklung läuft es schon lange so. Es ist nicht nur eine Form der Umverteilung von unten nach oben, sondern auch hochriskant. Als bekannt wurde, dass der Impfstoff von Curevac nicht zugelassen wird, waren ganz schnell 8 Milliarden „vernichtet“.

Die Folgen für Tübingen? Mit Standortpolitik, die wenige Stellen für hoch bezahltes Personal schafft, Ortsteile und ganze Regionen „aufwertet“, wird bezahlbarer Wohnraum für Arbeiter*innen und Angestellte noch knapper. Trotz Wohnungskrise wurden öffentlicher Flächen der Stadt Tübingen für die KI-Forschungszentren von Bosch und Amazon auf bzw. neben der „Oberen Viehweide“ verkauft. In entsprechende „Konjunkturpakete“ des Bundes und Landes fließt viel mehr Geld als z.B. in die dringend notwendige Verbesserung der Gesundheits- und Pflegesysteme.

Vom Forschungsschwerpunkt „Autonomes Fahren“ wird natürlich die Automobilindustrie profitieren. Aber „Künstliche Intelligenz“ und das maschinelle Sehen sind aber vor allem für Rüstung und Militär interessant. Fortschritte beim „autonomen Fahren“ sind auf Gefechtsfelder übertragbar und werden dort vermutlich als erstes zum Einsatz kommen. Unter dem Titel „Erzeugung eines gläsernen Schlachtfeldes zur Unterstützung dynamischer Operationen (ErzUntGlas)“ implementiert das Unternehmen Atos aktuell bei der Bundeswehr ein System, das gestützt auf Künstlicher Intelligenz Spezialkräfte miteinander und mit unbemannten Systemen für die „kooperative Gefechtsführung“ vernetzen soll. Atos hat sich mit der Übernahme des Tübinger Startups „Science & Computing“ in unmittelbarer zeitlicher und räumlichen Nähe zum Cyber Valley einen Standort erschlossen. Mehrere Wissenschaftler*innen am Cyber Valley sind am Forschungsprojekt MICrONS beteiligt, das von der gemeinsamen Forschungsbehörde der US-Geheimdienste als „angewandte Forschung für die Gemeinschaft der Nachrichtendienste“ bezeichnet wird. Darin beteiligt ist auch Amazon, das nicht nur in den USA ein wichtiger Anbieter für KI-basierte Cloud-Dienstleistungen für Militär, Geheimdienste und Polizeibehörden ist. In Tübingen-Bühl soll demnächst – wiederum umfangreich gefördert von Bund und Land – eine Fabrik für Prototypen für Hochleistungs-Akkus entstehen. Porsche arbeitet dabei mit einem Unternehmen zusammen, das auch an der Entwicklung von U-Boot-Batterien beteiligt ist. Porsche, Daimler und ZF Friedrichshafen –beim Cyber Valley voll dabei -, werden sich schon angesichts ihrer Geschichte einem Transfer neuer Erkenntnisse in die militärische Anwendung nicht in den Weg stellen. Industrieminister Altmaier jedenfalls träumt schon jetzt in Anlehnung an den Aufbau des größten europäischen Rüstungskonzerns, Airbus (der unter dem Dach von Daimler politisch zusammenfusioniert wurde) von einem „KI-Airbus“.

Unter großer Anteilnahme aller Griechinnen und Griechen ist der Komponist, Schriftsteller, Widerstandskämpfer und Kommunist Mikis Theodorakis am 2. September 2021 in Athen verstorben.

Der 96jährige ist freilich nicht, wie der griechische Regierungschef erklärte, „für immer verstummt“. Nein „morgen werden die Völker in Griechenland, der Türkei, Zypern, dem Balkan, dem Nahen Osten, überall auf der Erde mit seiner Musik gemeinsam das Friedenslied singen“, schreibt die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) in ihrem warmherzigen Nachruf.

Mikis war auch ein „Wahltübinger“, wie ihn das *Schwäbische Tagblatt* liebevoll bezeichnete. „Mit der Kultur des Friedens, an der Seite Henning Zierocks, war er viel auf Reisen in die Krisengebiete der Welt, in den Irak, Iran, Afghanistan und verschiedene Länder Lateinamerikas. Dort wurden häufig auch seine Werke aufgeführt. Zum Beispiel die Kantate über das Konzentrationslager Mauthausen...“ Auch bei der DKP Tübingen bleibt er unvergessen – siehe das Titelfoto dieser Ausgabe der *Roten Linien.*

Wo Mikis politisch stand, brachte er am 5.10.2020 in einem Brief an den Generalsekretär der KKE zum Ausdruck: „Jetzt, am Ende meines Lebens, in der Zeit der Abrechnung, verblassen die Details aus meinem Gedächtnis und es bleibt das große Ganze. **So sehe ich, dass ich in meinen entscheidenden, stärksten und reifsten Jahren unter dem Banner der KKE stand. Deshalb möchte ich als Kommunist von dieser Welt gehen.** Ich möchte dich also bitten, wenn die Stunde kommt, persönlich dafür zu sorgen, dass nicht nur meine Weltanschauung, sondern auch meine Kämpfe für die Einheit der Griechen respektiert werden.“

Impressum // Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Tübingen/Reutlingen // V.i.S.d.P.: Gerhard Bialas, Weißdornweg 11, 72076 Tübingen // E-Mail: dkp-tuebingen@gmx.de // www.dkp-tuebingen.de

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

☐ Die UZ sechs Wochen gratis Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch

☐ Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de